Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

65 (17.3.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 65 | **Donnerstag, den 17. März 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Signatarmächte haben in Kowno eine Note überreicht. Es verlautet, daß die litauische Regierung energisch aufgefordert wird, im Memelgebiet durch Einsetzung eines Direktoriums, das das Vertrauen der Bevölkerung genießt, für verfassungsmäßige Zustände zu sorgen.

*

Der Jahresbericht der Reichsbank zeigt einen Rohgewinn von 209,1 Millionen RM. gegenüber 127,0 Millionen RM. im Jahre 1930; es wird eine Dividende von 12 Prozent ausgeschüttet.

*

Der deutschnationale Parteivorstand wird am 2. April zusammentreten, um den Wahlkampf in Preußen vorzubereiten.

*

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat beschlossen die Konferenzarbeiten Ende der Woche bis zum 11. April zu unterbrechen.

Im Kohinor-Schacht der Brucher Kohlenwerke A.G. in Bruch, einer der größten Gruben des nordostböhmischen Braunkohlenreviers, kamen bei einem ausgedehnten Grubenbrand acht Bergleute ums Leben. 20 haben Rauch- und Gasvergiftungen erlitten.

*

Als Folge der Kreugerkrise hat sich in Weißenstein (Estland) am Mittwoch der geschäftsführende Direktor der dortigen dem Kreugerkonzern angehörenden Streichholzfabrik, Margus, erhängt. Auch ein plötzlich verstorbener Pariser Finanzmann soll im Zusammenhang mit dem Tode Kreugers Selbstmord begangen haben.

Streiflichter

Die Beratungen im Reichsinnenministerium über einen **Burgfrieden während der Osterzeit** sind noch nicht abgeschlossen. Ursprünglich hatte man für einen solchen Burgfrieden lediglich die Karwoche in Aussicht genommen. Danach sollen, genau wie um Weihnachten herum, all politischen Versammlungen öffentlichen Charakters, Demonstrationszüge usw. verboten sein. Es sind jedoch Bestrebungen im Gange, die darauf abzielen, den **Burgfrieden bis zum 3. April,** also bis zum Sonntag nach Ostern, auszudehnen. Wir halten eine solche politische Pause für durchaus nützlich, zumal eine Fortsetzung der politischen Agitation in dem Umfange der letzten Wochen nur ermüdend und auf die Finanzen der Parteien sicherlich nicht stärkend wirken würde. Hinzu kommt die übermäßige Inanspruchnahme der Polizei, die nach den anstrengenden Wochen der Vorbereitung für die Präsidentenwahl dringend einer Ruhepause bedarf. Unseres Erachtens würde für den zweiten Präsidentenwahlgang eine agitatorische Vorbereitungszeit von einer Woche vollkommen ausreichen, zumal für den 10. April die politische Entscheidung ja ohnehin schon so gut wie feststeht. Für weite Gebiete des Reiches ist außerdem zu berücksichtigen, daß vierzehn Tage später, am 24. April, bereits wieder **Landtagswahlen** stattfinden, so in Preußen, Bayern und Württemberg, voraussichtlich auch in Anhalt, so daß die politische Agitation auch nach dem 10. April noch nicht aufhören wird. Deshalb möchten wir hoffen, daß das Reichsinnenministerium sich für einen zweiwöchigen Burgfrieden entscheidet, und daß die entsprechende Notverordnung auf allen Seiten verständnisvoll aufgenommen wird.

Mit welchen Fronten der zweite Wahlgang um den Posten des Reichspräsidenten ausgefochten wird, läßt sich auch jetzt noch nicht endgültig übersehen. Fest stehen bisher nur zwei Tatsachen, nämlich daß entgegen den Vorschlägen Hugenbergs **der zweite Wahlgang auf jeden Fall** ausgetragen wird und daß der Stahlhelm auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Dagegen ist noch völlig ungewiß, welche **Taktik die Deutschnationalen einschlagen** wollen. Es verlautete gerüchtweise, daß die Parteileitung die Absicht habe, nach Ablehnung ihrer bekannten Vorschläge die Wahlparole für Hitler herauszugeben. Wir halten das für wenig wahrscheinlich, zumal die Deutschnationalen dann auch den Rest ihrer Bewegungsfreiheit an die Nationalsozialisten verlieren würden. Näher liegt der Gedanke, daß die Deutschnationalen sich — ähnlich wie der Stahlhelm — an dem zweiten Präsidentenwahlgang für desinteressiert erklären und ihre Agitation schon während der Vorbereitungszeit für den 10. April auf die Durchführung der verschiedenen Landtagswahlen vor allem in Preußen einstellen.

Die deutsch-englischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage des **britischen Kohlenexports nach Deutschland** sind durch eine Unterhauserklärung des Handelsministers Runciman in das Stadium eines **Konfliktes** gerückt. England hält die offiziellen deutschen Erklärungen für unbefriedigend. Wie man hört, sind die Besprechungen in Berlin auf englischer Seite nicht nur von dem Botschafter geführt worden, sondern auch von Sir Frederik Leith-Roß, dem Hauptwirtschaftsberater der britischen Regierung. Leith-Roß ist nach London zurückgekehrt. Man hat hier zwar noch einige Hoffnung, daß „freundliche Vorstellungen" in Berlin schließlich doch noch zum Erfolge führen können, aber andererseits hat Runciman doch auch bereits angedeutet, daß eventuell **Repressalien** von englischer Seite ergriffen werden müssen. Eine Reihe von führenden Blättern sagt heute ganz offen, daß man deutsche Waren auf Grund der **Dumping-Zollakte,** die eine Zollauflage bis zu 100 Prozent ermöglicht, behandeln müsse, wenn die diplomatischen Verhandlungen ergebnislos verliefen.

Nachdem Litauen zu einem neuen großen Schlag in Memel ausgeholt hat und das **litauische Direktorium** in einem Gebiet mit klarer deutscher Mehrheit Wirklichkeit wurde, gibt es keinen Augenblick mehr zu verlieren. Die Signatarmächte, also die Länder, die für die Durchführung des Memel-Abkommens und für die Wahrung der Memel-Verfassung verantwortlich sind, müssen nunmehr endlich mit größter Energie in Aktion treten. Es darf nicht sein, daß die schriftlich fixierten Rechte der Memeldeutschen noch länger verhöhnt werden. Im Memelstatut ist klar ausgesprochen, daß das Memel-Direktorium das Vertrauen des Landtags genießen soll. In dem Augenblick, wo der Landtag mit seiner deutschen Mehrheit sich gegen die von Litauen ernannten Männer ausgesprochen hat, muß das Feld für ein dem Landtag genehmes Direktorium freigemacht werden. Es besteht die Gefahr, daß die Litauer den Landtag auflösen und Neuwahlen proklamieren, um deren Verlauf und hiermit deren Ergebnisse zu beeinflussen. Der verfassungsmäßige Gegensatz zwischen den Regimen in Kowno und Memel springt in die Augen, und die Litauer, die die Bevölkerung ihres eigenen Landes unter Druck halten, sind sehr verärgert darüber, daß sie ausgerechnet in Memel Konzessionen machen müssen. Wenn ihnen der Parlamentarismus in Memel, der nichts anderes als Wahrung der elementarsten Rechte der Bevölkerung ist, beschwerlich erscheint, dann können sie ja auf das Memelgebiet überhaupt verzichten. Dann wären sie mit einem Male die Sorgen los. Solange aber das Memelgebiet zu Litauen gehört, wird sich die kommende Regierung schon zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen dem Memelland gegenüber bequemen müssen. Dafür wird Deutschland und mit ihm wohl der Bund der Signatarmächte, Sorge tragen.

Note der Signaturmächte an Litauen

Genf, 16. März. Die angekündigte Note der Signatarmächte ist in Kowno durch einen Kollektivschritt der Mächte überreicht worden. Die Note soll die Warnung enthalten, daß die Signatarmächte sich unter Umständen gezwungen sehen könnten. Litauen wegen Bruches der Memelkonvention vor dem Haager Gerichtshof anzuklagen. Die Note soll einen außergewöhnlich scharfen Charakter tragen.

*

Deutscher Schritt wegen Memel in London.

T.U. **London,** 16. März. Die deutsche Botschaft in London hat von den Berliner Stellen Anweisung erhalten, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die ernste Lage zu lenken, die durch die Ereignisse im Memelland entstanden ist. Schon am Anfang der Woche hat ein Vertreter der Botschaft deswegen im Außenamt vorgesprochen. Man erwartet nun, daß der deutsche Geschäftsträger Graf Bernstorff am Donnerstag die leitenden Persönlichkeiten in dieser Angelegenheit sehen wird.

Postabfindungen für Bayern u. Württemberg

T.U. **Berlin,** 16. März. Der Verwaltungsrat der Reichspost, der seit Dienstag in Berlin tagt und am Donnerstag noch seine Verhandlungen fortsetzen wird, hat, wie die „D.A.Z." meldet, am Mittwoch nachmittag die Frage der Postabfindung von Bayern und Württemberg verhandelt. Die Reichsregierung setzt sich bekanntlich für Abfindungszahlungen ein, dagegen hat sich der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Reichspost dagegen ausgesprochen, daß diese Zahlungen zu Lasten der Reichspost erfolgen. Mittwoch abend kam es nun, wie das Blatt berichtet, im Verwaltungsrat zur Annahme eines Kompromisses. Danach ermächtigt der Verwaltungsrat die Reichspost, ohne zu der Rechtslage selbst Stellung zu nehmen, die für 1932 nach dem Gesetzentwurf der Reichsregierung vorgesehenen Beträge für Bayern und Württemberg dem Reich darlehensweise zur Verfügung zu stellen. Diese Fassung, so sagt die „D.A.Z." weiter, ist natürlich sehr dehnbar, scheint aber der Reichsregierung zu genügen.

Der Stahlhelm zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 16. März. In einer Stellungnahme des offiziellen Pressedienstes des Stahlhelms wird zum Ergebnis der Reichspräsidentenwahl u. a. erklärt:

„Der Reichspräsident v. Hindenburg hat am 13. März 18,5 Millionen Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht. Von der nächst höchsten Stimmenziffer, der des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler, trennen ihn mehr als 7 Millionen Stimmen. An der absoluten Mehrheit fehlen nur knappe 200 000 Stimmen. Wir sind nicht Demokraten und Formalisten genug, um zu bestreiten, daß damit **Hindenburg den Sieg im Wahlkampf errungen hat. Ein zweiter Wahlgang könnte kein anderes Ergebnis haben. Er ist damit, selbst wenn er aus formellen Gründen stattfinden sollte, politisch bedeutungslos geworden. Wenn also eine Möglichkeit besteht, um die Formalität des zweiten Wahlganges herumzukommen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden, obgleich unsere grundsätzlichen Bedenken gegen eine etwaige Verquickung mit parlamentarischen Fragen unverändert fortbestehen."**

Der Entschluß, sich keiner nationalsozialistischen Parteidiktatur zu unterwerfen bleibe richtunggebend bestehen.

Hitler und Frick vor dem Untersuchungsausschuß

Im Untersuchungsausschuß des thüringischen Landtages fanden am Dienstag Zeugenvernehmungen zu der von Minister a. D. Frick geplanten **Anstellung Hitlers im thüringischen Staat** statt. Das Innenministerium hat die Genehmigung zur Zeugenaussage für Ministerialrat Guyet und Oberregierungsrat Haueisen versagt, da die Ablegung ihres Zeugnisses dem „Wohle Thüringens" nachteilig sein würde.

Als erster Zeuge wurde Hauptmann a. D. **Stennes** vernommen, dessen Berliner „Montagsblatt" zuerst von der Einbürgerung Hitlers in einem deutschen Lande Mitteilungen machte. Als früherem Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei sei ihm im Sommer 1930 bekannt geworden, daß Erwägungen über die Einbürgerung Hitlers schweben. Nähere Einzelheiten darüber habe er nicht erfahren. Bei den damaligen Erörterungen habe es sich nur um private Unterhaltungen gehandelt. Aus welchen Quellen jene Zeitungsnotiz stamme, sei ihm nicht bekannt.

Dr. **Frick** sagte aus, er sei, als er sein Ministeramt angetreten habe, überzeugt gewesen, daß die Einbürgerung Hitlers endlich geklärt werden müsse. Eine Anfrage bei der bayerischen Staatsregierung im Jahre 1929 habe gezeigt, daß eine Einbürgerung Hitlers in Bayern aussichtslos sei. Darauf habe er es für richtig gehalten, alles zu versuchen, um sein Ziel zu erreichen. Auf dem nationalsozialistischen Parteitag in Gera habe er die Einbürgerung öffentlich bekanntgeben wollen, doch habe Hitler gebeten, davon abzusehen, da er die Verleihung der Staatsbürgerrechte nicht für dringlich gehalten habe. Trotz seiner Bedenken **habe Hitler jedoch damals die Urkunde über seine Ernennung zum Gendarmerie-Wachtmeister in Hildburghausen entgegengenommen, sich allerdings seine Entscheidung über die Annahme sofort vorbehalten.** Als kurz danach Hitler vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ausgesagt habe, daß er staatenlos sei, habe Frick daraus entnommen, daß Hitler seine Entscheidung in der Anstellungsfrage in ablehnendem Sinne getroffen hätte. Der Versuch der Anstellung sei keine unwürdige Schiebung, sondern „ein legaler Staatsakt" gewesen, der nicht verwirklicht worden sei.

Hitler selbst schilderte, wie Frick ihm auf dem Geraer Parteitag seine Einbürgerungsabsicht zur Kenntnis gebracht hätte. Er sei davon überrascht gewesen. Er habe wohl damals die Anstellungsurkunde zu sich genommen, **sei jedoch bei seinem ablehnenden Entschluß geblieben und habe die Urkunde vernichtet.** Er habe keine Veranlassung gehabt, das bestehende „System" um Einbürgerung zu bitten, da er sich seine deutsche Staatsangehörigkeit schon auf dem Schlachtfelde erworben habe. In erregtem Ton und unter Beifall seiner Parteifreunde fügte Hitler noch hinzu, daß die gegenwärtig herrschenden Parteien überhaupt keine Berechtigung zur Einbürgerung hätten.

Es kam dann zu einem Zwischenfall, als der sozialdemokratische Abgeordnete Gründler bei einigen Fragen an Hitler darauf hinwies, daß es nicht deutscher Art entsprochen habe, wenn zur Einbürgerung Hitlers „auf jüdische Art" hintenherum Verhandlungen geführt worden seien. Erregt fiel **Hitler** dem Redner ins Wort: „Bin ich hier als Zeuge oder muß ich mich verletzen lassen?" Nachdem noch andere Abgeordnete Fragen an Hitler gerichtet hatten, verließ Hitler mit seinen Freunden den Saal.

Braun morgen vor dem preuß. Landtag

T.U. **Berlin,** 16. März. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß Ministerpräsident Braun am Donnerstag in die am Mittwoch begonnene allgemeine Aussprache des Landtages mit einer Rede eingreifen wird. Da der Landtag voraussichtlich am Freitag abend seine Tagung beschließt und in dieser Wahlperiode nicht mehr zusammenkommen wird, wird es sich bei den Ausführungen des Ministerpräsidenten um eine Art Abschiedsrede an den gegenwärtigen Landtag handeln.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutsche Stellungnahme zu dem Donauplan Frankreichs

Berlin, 16. März. Die deutsche Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen über die Sanierung des Donauraumes geht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer entschlossenen Hilfsaktion für die notleidenden Donaustaaten mit der französischen Regierung in voller Uebereinstimmung befindet. Deutscherseits wird darauf hingewiesen, daß der Finanzausschuß des Völkerbundes bei seiner Empfehlung einer wirtschaftlichen Annäherung Oesterreichs und Ungarns an ihre Nachbarstaaten und an andere Staaten von der Erkenntnis ausgegangen sei, daß die genannten Länder zu ihrer wirtschaftlichen Gesundung einer Erweiterung ihres Absatzmarktes bedürfen. Wenn die französische Regierung glaube, ein ähnliches Bedürfnis auch bei den übrigen Ländern des Donaugebietes feststellen zu können, so könne die Reichsregierung dieser Auffassung hinsichtlich der überwiegend agrarischen Donaustaaten Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien nur zustimmen.

Die deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten die Schaffung eines Wirtschaftsraumes wäre, der nach seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Struktur den Absatz der landwirtschaftlichen Ueberschüsse aus den südosteuropäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen sicherstellt. Dieses Ziel würde jedoch lediglich durch eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich, wie dies französischerseits vorgeschlagen wird, nicht erreicht werden können. Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsraum auch die großen landwirtschaftlichen Zuschußgebiete Europas mit umfassen müssen. Ein auf die Donaustaaten beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die ebenfalls stark bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Verengung ihres Absatzmarktes zur Folge haben.

Mit der Verwirklichung der durchgreifenden Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsraumes wird jedoch nicht so bald gerechnet werden können, wie dies für eine rechtzeitige Hilfe unerläßlich ist. Deutschland hat deshalb seinerseits nach Wegen gesucht, auf denen die notwendige rasche Abhilfe gegenüber dem gegenwärtigen außergewöhnlichen Krisenzustand geschaffen werden kann, ohne einer späteren Gesamtlösung vorzugreifen.

Oesterreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe dadurch gewährt werden, daß, entsprechend der Anregung des Finanzausschusses des Völkerbundes, seine Nachbarländer und andere Staaten für die Aufnahme der österreichischen Ausfuhr bevorzugte Bedingungen schaffen.

Ungarn und den übrigen Donaustaaten mit überwiegend agrarischer Erzeugung wird ebenfalls zunächst dadurch eine wesentliche Erleichterung gebracht werden können, daß ihre Getreideüberschüsse von den europäischen landwirtschaftlichen Zuschußgebieten unter günstigeren Bedingungen aufgenommen werden. Diese beiden Maßnahmen entsprechen insbesondere völlig den Vorschlägen, die von der französischen Regierung selbst am 16. Mai 1931 in dem sogenannten „Konstruktivplan" dem Europa-Ausschuß des Völkerbundes mit dem Ziele einer sofortigen und unmittelbaren Hilfe für Oesterreich und die Agrarländer des Donauraumes vorgelegt wurden.

Auch die Reichsregierung steht in einer Einigung aller beteiligten Staaten auf der Basis dieser Vorschläge den besten Weg für eine rasch wirksame Hilfe für die in Frage kommenden Donauländer. Sie hat sich in ihrer Antwort auf den Appell Oesterreichs bereits vorbehaltlos auf diesen Boden gestellt. Sie hat überdies ebenso wie die französische Regierung die praktische Verwirklichung der Vorschläge durch Abschluß von Verträgen mit Ungarn und Rumänien über die bevorzugte Abnahme von Getreide aus diesen Ländern schon in Angriff genommen. Sie ist im gleichen Geiste der Hilfsbereitschaft und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, sich an der weiteren internationalen Behandlung dieser Frage zu beteiligen.

Ebenso wie der **italienischen Regierung** erscheint es schließlich auch der Reichsregierung nicht zweckmäßig, **den vorgesehenen Meinungsaustausch auf die Vertreter der interessierten Donaustaaten zu beschränken.** Da das dringendste Erfordernis darin besteht, den notleidenden Donauländern den Absatz ihrer Erzeugnisse auf aufnahmefähigen europäischen Märkten zu erleichtern, könne man sich von Abmachungen der Donaustaaten untereinander einen durchgreifenden Erfolg nicht versprechen. Es liege vielmehr gerade im Interesse der Donauländer selbst, bei dem Gedankenaustausch von vornherein die Vertreter der Hauptabsatzländer, insbesondere Frankreichs, Englands, Italiens, Deutschlands hinzuzuziehen.

*

Genfer Besprechungen über den Donauplan

Genf, 16. März. Die Besprechungen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Donauländer sind im Kreise der Delegationen weitergepflogen worden. Tardieu hat auch den Wunsch geäußert, in Genf mit deutschen Vertretern über diese Frage zu sprechen. Um dem zu entsprechen, halten sich hier zwei Vertreter der deutschen Regierung auf, nämlich Ministerialdirektor Dr. Posse und Legationsrat von Heeren. Es sind deshalb **Besprechungen mit der französischen Delegation** vereinbart worden. Der **italienische Delegierte de Michelis,** der mit Tardieu eine längere Aussprache hatte, ist wieder nach Rom zurückgekehrt, um Mussolini Bericht zu erstatten. In französischen Delegationskreisen wird angenommen, daß nunmehr auf Grund dieser Aussprache die italienische Regierung ihre Stellungnahme der französischen Regierung bald unterbreiten wird. Auf französischer Seite wird erneut erklärt, daß **die englische Regierung im Prinzip dem Plan zugestimmt habe. Deutscherseits** dürfte in den jetzigen Besprechungen mit Nachdruck geltend gemacht werden, daß irgendwelche Präferenzabmachungen innerhalb der Donaustaaten, an denen auch die **Tschechoslowakei** beteiligt würde, für Deutschland nur dann annehmbar seien, **wenn Deutschland gleichfalls in dieses System einbezogen werde.** Ferner steht man deutscherseits auf dem Standpunkt, daß auch **Bulgarien** in den Plan einer wirtschaftlichen Neuorganisierung der Donauländer einbezogen werden muß.

*

Südslawien gegen den französischen Donaubundplan.

T.U. **Belgrad,** 16. März. Das Blatt des Außenministers, die „Prawda", berichtet aus Genf, daß der südslawische Außenminister Marinkowitsch dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu mitgeteilt habe, daß Südslawien auf keinen Fall der Schaffung eines Vorzugszollbundes zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslovakei zustimmen würde. Südslawien sei auch gegen die Vorzugszollverhandlungen Italiens mit Österreich und Ungarn. Für Südslawien sei es eine Lebensfrage, Absatzmärkte für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu finden. Es sei daher der Ansicht, daß der derzeitige Zustand günstiger sei, als wenn eine enge Verbindung zwischen Prag, Wien und Budapest bestünde.

Zugleich berichtet die „Prawda" über große Schwierigkeiten, auf die Tardieu in Genf gestoßen sei. Es könne keine Rede davon sein, daß sich der französische Plan in absehbarer Zeit verwirklichen lassen werde. Es bestünden in dieser Hinsicht noch immer dieselben Verhältnisse, die seit zehn Jahren jeden Versuch einer Neuregelung der mitteleuropäischen Verhältnisse zum Scheitern gebracht hätten.

Kommunistischer Aufruhr in Möhrfelden in Hessen

T.U. **Darmstadt,** 16. März. Seit einiger Zeit konnten staatliche Zuschüsse für die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen in Möhrfelden, Kreis Groß-Gerau, nicht gewährt werden, da sich der Bürgermeister Zwilling, ein Kommunist, weigerte, die vom Kreisamt eingeführte Getränkesteuer durchzuführen. Der ebenfalls kommunistische Beigeordnete Bitsch, der die Vertretung des Bürgermeisters, der infolge eines Motorradunfalls im Krankenhaus liegt, hätte übernehmen müssen, weigerte sich, den Eid auf die Verfassung zu leisten, so daß ihm vom Kreisamt die Geschäftsführung untersagt werden mußte. An seiner Stelle beauftragte das Kreisamt Groß-Gerau einen seiner Beamten mit der vorläufigen Verwaltung des Bürgermeisteramtes. Als nun der Beamte am Mittwoch in Möhrfelden eintraf, hatte eine über tausendköpfige Menge das Rathaus besetzt. Die Menge beschimpfte den Beamten und griff ihn tätlich an. Ebenso erging es den wenigen anwesenden Gendarmeriebeamten. Da auch die Fernsprechleitungen durchschnitten waren, mußte auf Umwegen Polizei aus Darmstadt angefordert werden. Als sie eintraf, wurde sie bei dem Versuch, die Straße zu räumen, aus der Menge heraus mit Steinen beworfen und beschossen. Erst allmählich gelang es, das Rathaus zu besetzen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Unterbrechung der Abrüstungskonferenz

Genf, 16. März. Dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz legte Henderson den vom Büro gefaßten Beschluß vor, die Konferenz bis zum 11. April zu unterbrechen. Henderson begründet diesen Beschluß damit, daß durch die Tagung der außerordentlichen Völkerbundsversammlung die Arbeiten der Abrüstungskonferenz eine beträchtliche Störung erfahren hätten und daß es insbesondere dem Hauptausschuß nicht möglich gewesen sei, durch Klärung grundsätzlicher Fragen die technischen Ausschüsse mit genügend Arbeitsstoff zu versehen.

Tardieu stimmte dem Vorschlage zu, lehnte aber die Verantwortlichkeit Frankreichs für den jetzt eingetretenen Stillstand ab. Botschafter **Gibson** legte einen formulierten Antrag vor, wonach vom 11. April an zunächst lediglich der Hauptausschuß bezw. der politische Ausschuß Sitzungen abhalten sollen, bis die Prinzipien soweit geklärt sind, daß die technischen Ausschüsse in ersprießlicher Weise ihre Arbeiten aufnehmen können. Der englische Delegierte schloß sich den Ausführungen Gibsons vollkommen an. Botschafter **Nadolny** betonte, daß der Arbeitsplan auch hinsichtlich der großen grundsätzlichen Fragen bereits durch die von dem Berichterstatter des Hauptausschusses aufgestellte Uebersicht über die einzelnen Vorschläge vorgezeichnet sei und daß man zweckmäßig an diesem Plan festhalte. Die Vorschläge des Präsidiums und der amerikanischen Delegation wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. In seinem sehr kritisch gehaltenen Schlußwort dankte Henderson den Delegationen für ihre bisher geleistete Arbeit. Die nächste Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz findet am 11. April 11 Uhr vormittags statt.

Generalstreik der privaten Arbeitnehmer in Polen

Ausschreitungen beim Generalstreik der privaten Arbeitnehmer in Polen. — Bisher fünf Tote.

T.U. **Warschau,** 16. März. Nach den bis Mittwoch abend vorliegenden Meldungen über den eintägigen Generalstreik der privaten Arbeitnehmer in ganz Polen ist es bei Krakau und in Krakau selbst zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und Polizei gekommen. In Saibusch bei Krakau forderte die Polizei mehrere hundert Arbeiter, die vor der Staroschei demonstrierten, auf, auseinanderzugehen. Als die Arbeiter eine drohende Haltung einnahmen, machten die Polizisten von der Schußwaffe Gebrauch. Vier Tote, sieben Schwer- und viele Leichtverletzte blieben auf dem Platze. In Krakau selbst kam es bei Auflösung eines Demonstrationszuges durch die Polizei zu einer Schießerei. Die Demonstranten hatten einen Toten und mehrere Verletzte. Auch einige Polizisten wurden verletzt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Generalstreik im großen und ganzen als mißlungen angesehen werden kann. Besonders stark war die Beteiligung der Fabrikarbeiter am Streik. Man rechnet, daß von ihnen etwa 30 v. H. am Streik teilnahmen. In Warschau, wo ein außerordentlich starkes Polizeiaufgebot jede Streikdemonstration unmöglich machte, ist es zu Ausschreitungen nicht gekommen.

Der Sarrasani-Brandstifter gefunden?

Aus Brüssel wird berichtet: Der Brand, der vom 13. bis 14. Januar im Zirkus Sarrasani während seines Gastspiels in Antwerpen ausgebrochen und dem neben einer Anzahl Kostüme auch fünf prächtige Elefanten zum Opfer gefallen waren, hat nunmehr doch eine Aufklärung gefunden. Den Bemühungen der belgischen Polizei ist es gelungen, einen Clown festzunehmen, der unter schwerem Kreuzverhör schließlich die ruchlose Brandstiftung zugegeben hat. Dieser seltsame Bajazzo heißt Libot, er wurde dazu von einem Hintermann gedungen, den Zirkus Sarrasani in Brand zu stecken. In die Enge getrieben, sagte er schließlich aus, daß die deutsche Zirkusfirma Gleich ihn mit der Brandstiftung beauftragt hatte, auch sei es ebenfalls die Direktion des deutschen Zirkus Gleich gewesen, die ihn veranlaßt hatte, deutsch-feindliche Schmähschriften in Umlauf zu bringen.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

5. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Er empfahl mir Kramer als Mitfahrer, damit bin ich auch einverstanden. Aber wer lenkt den Wagen, wem darf man zutrauen, in dieser schweren Konkurrenz anständig zu bestehen? Ich muß mit Detten darüber sprechen. Also bitte, so steig doch aus!"

Aergerlich verließ Frau Cornelia den Wagen und folgte ihrem Gatten.

Der Portier näherte sich mit anderen Fahrgästen dem Wagen, doch der Chauffeur winkte ab.

„Was ist denn los, Helling?" fragte der Portier erstaunt. „Warum wollen Sie nicht fahren?"

„Kann jetzt nicht, Krause. Ich muß sofort zu den Herrschaften, die eben meinen Wagen benutzen wollten. Wie war doch der Name?"

„Generaldirektor Reichlin."

„Und die Zimmernummer?"

„Was wollen Sie denn von ihm?"

„Schnell doch die Zimmernummer, Mensch. Es brennt!"

Kaum hatte der Chauffeur die gewünschte Auskunft erhalten, so stürmte er ins Hotel, die Treppe hinauf.

Reichlin streckte die Hand nach dem Hörer aus, um ein Blitzgespräch mit Detten anzumelden, als es klopfte.

Der Chauffeur Helling trat ein.

„Was wünschen Sie?" fragte Reichlin, ärgerlich über die Störung.

„Ich möchte mich Ihnen als Führer Ihres zweiten Wagens in dem Rennen um den Großen Preis von Deutschland auf dem Nürburgring zur Verfügung stellen, Herr Generaldirektor."

„Wer sind Sie denn?" fragte Reichlin überrascht.

„Mein Name ist Helling, Dieter Helling, Herr Generaldirektor. Ich bin der Chauffeur der Taxe, die Sie eben zur Fahrt nach der dänischen Gesandtschaft benutzen wollten."

„Wie kommen Sie denn auf die verwegene Idee?"

„Sie ist keineswegs so verwegen, wie es Ihnen im ersten Augenblick scheinen mag, Herr Generaldirektor. Wenn Sie Motorräder bauten, würde Ihnen mein Name bestimmt nicht unbekannt sein, Sie würden sich erinnern, daß ich vor zwei Jahren auf dem Nürburgring mit einem Pfeilrad in der 500 ccm Klasse gegen stärkste ausländische Konkurrenz gewonnen habe."

Reichlin betrachtete den untersetzten, kräftig gebauten jungen Mann, an dem alles so blitzsauber war. Seine Haltung war stramm, es lag Ergebenheit darin, aber auch Selbstbewußtsein. Er sah ihm ins Gesicht. Das trug intelligente, willensstarke Züge. Im Blick seiner dunklen Augen lag ruhige Festigkeit, sie verrieten, ebenso wie die breite, nicht zu hohe Stirn, daß Helling kein Dummkopf war.

„Hm," brummte er vor sich hin, „das ist gewiß eine schöne Leistung, aber ein Autorennen ist eben doch noch etwas anderes."

„Unbestritten, Herr Generaldirektor. Dennoch haben sie ein Gemeinsames: beide verlangen von dem Fahrer die gleichen unerläßlichen Eigenschaften. Daß ich sie besitze, dafür habe ich den Beweis erbracht. Seien Sie überzeugt, Ihre Interessen können nicht besser gewahrt werden, als wenn Sie mich mit der Führung Ihres zweiten Wagens betrauen. Halten Sie mich bitte nicht für überheblich oder eingebildet. Ich weiß, was ich leisten kann, ich bin kein Großsprecher. Vielleicht überzeugt Sie ein fremdes Urteil. Hier ist mein Pilotenzeugnis."

„Flugzeugführer sind Sie auch?" fragte Reichlin, dem die Sache anfing Spaß zu machen.

„Ich habe die Prüfung gemacht, weil ich Aussicht hatte, Anstellung als Flieger zu finden, aber es wurde nichts daraus."

Reichlin nahm Einsicht in die Papiere. Sein Blick schoß wieder in Hellings Gesicht. Irgendwo hatte er es schon gesehen, er konnte sich nur nicht erinnern und mühte sich, es herauszubekommen, jedoch vergeblich.

„Waren Sie jemals bei den Reichlinwerken beschäftigt?"

Helling verneinte.

„Ihr Gesicht kommt mir bekannt vor. Jetzt weiß ich auch warum. Sie sind beim Film?"

„Nein, Herr Generaldirektor."

„Und ich sage Ihnen, ich habe Sie auf der Leinwand gesehen in dem Kurzfilm: „Was Flugzeugführer erlernen müssen". Stimmts?"

„Das ist richtig. Aber ich bin nicht beim Film. Das war eine Gelegenheitssache. Ein guter Freund, Rudi Bartelt, der bei einer Firma, die Kurzfilme herstellt, Operateur ist, wollte mich bei seiner Gesellschaft als Flieger für Luftaufnahmen anbringen und veranlaßte mich, die Pilotenprüfung zu machen. Wie ich schon sagte, wurde nichts daraus. Um mich einigermaßen zu entschädigen, drehte er den Film mit mir und einer jungen Dame, Fräulein Elli Brunke, als Hauptdarsteller."

„Sie haben da ziemlich verwegene Kunststückchen vorgeführt."

Helling lachte.

„Das geschah nur, um das liebe Publikum ein bißchen gruselig zu machen. Ich saß fest und sicher auf meinem Platze, nicht eine Sekunde war mir schwummrig zu Mute. Es freut mich, daß Sie den Film gesehen haben, somit wissen Sie ja ein wenig über mich Bescheid, was Ihre Bedenken doch hoffentlich mindert?"

„Sie sind scheinbar ein sehr unternehmungslustiger und zweifellos auch ein ganzer Kerl, wie man so sagt, aber Sie müssen bedenken, was für mich auf dem Spiele steht."

„Das verkenne ich durchaus nicht. Im vorigen Jahre hätten Sie beinahe die Targa Florio gewonnen, nun wollen Sie unter allen Umständen den Großen Preis als Entschädigung. Ich werde ihn für Sie holen! Geben Sie mir nur Gelegenheit, Sie von meinem Können zu überzeugen."

Aber so schnell konnte sich Reichlin nicht entschließen. Es ging gegen sein Gefühl, diesem jungen Mann, der ihm da ins Zimmer geschneit war, ohne weiteres den zweiten Wagen anzuvertrauen. Er wußte ja so gut wie nichts über ihn.

„Sie werden mir zugeben, Herr Helling, daß man eine so schwerwiegende Entscheidung nicht im Handumdrehen erledigen kann. Vor ein paar Minuten waren wir uns doch noch vollkommen fremd."

„Ich begreife, Herr Generaldirektor. Sie wollen erst mal wissen, wen Sie eigentlich vor sich haben. Wenn Sie erlauben, werde ich Ihnen eine kleine Biographie von mir vortragen. Viel ist allerdings nicht über mich zu sagen."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg